



Himmlich?
Renata Schmidtkunz
entdeckt die
Transzendenz
SEITE VI

Spectrum

SAMSTAG, 2. MÄRZ 2019 DIE PRESSE.COM/SPECTRUM

Die Presse



Die Vorstellung, man könne mit ein paar handwerklichen Kunstgriffen die Demokratie reparieren, hat etwas geradezu Groteskes. [Foto: Wolfgang Freitag]

Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Würde des Menschen, selbst das allgemeine Wahlrecht: Grundwerte jeder Demokratie stehen neuerdings zur Debatte - und die wird aus ideologisch durchaus unterschiedlichen Richtungen befeuert. Ist die liberale Demokratie zur Zumutung geworden?

Von Ingolfur Blühdorn

Die Mühsal, mündig zu sein

Aus dem Inhalt

Flašar: „Ganymed in Love“.

Aus der neuesten Ausgabe des Projekts „Ganymed“: eine Erzählung von Milena Michiko Flašar. Demnächst im Kunsthistorischen Museum. SEITE III

Leidenfrost im Lada Sputnik.

Expedition Europa: „Mut am Prespasee“. Eine Reise durch Nord- und Südazedonien. Von Martin Leidenfrost. SEITE III

Strassegger und der Kardinal.

Mit Kardinal Christoph Schönborn im Gespräch über die Missbrauchsskandale in der katholischen Kirche. Eine Begegnung im Flugzeug. Von Regina Strassegger. SEITE IV

Braunspurger über Dinić.

Ein Leben zwischen zwei Welten: Marko Dinić' Roman „Die guten Tage“. Besprochen von Gudrun Braunspurger. SEITE V

Surreales Innsbruck.

Von der Genauigkeit des Lügens beim Erschaffen von Literatur: Gabriele Petriceks Roman „Die Unerreichbarkeit von Innsbruck“. Eine Rezension von Monika Vasik. SEITE VI

Kühn in Krems.

„Dieses Haus hüpf“. Ein Gebäude mit Pyramidenstumpf als Ausgangsgeometrie: die neue Landesgalerie Niederösterreich in Krems. Besucht von Christian Kühn. SEITE VII

Noch bis vor Kurzem galt in unseren westlichen Wohlstandsgesellschaften die Regel: Man darf über alles kritisch reden - außer über die liberale Demokratie; die war ein striktes Tabu. Selbstverständlich durfte man feststellen, dass viele demokratische Versprechen heute immer noch nicht eingelöst sind, dass viele Menschen das Vertrauen in ihre gewählten Repräsentanten und in demokratische Institutionen verlieren und dass echte Unterschiede zwischen den Angeboten der konkurrierenden politischen Akteure kaum noch erkennbar sind. Aber solcherlei Feststellungen zielten immer darauf, deutlich zu machen, wo einstweilen noch Defizite bestehen und in welche Richtung eine progressive, demokratische Politik sich künftig bewegen müsse. Sehr selten nur artikulierten sie Zweifel an der liberalen Demokratie selbst. In jüngster Zeit hat sich das auffällig geändert.

Ideen der materiellen Gleichheit oder gar Umverteilung stehen freilich schon länger im Verdacht, „zu viel Gleichmacherei“ zu bedeuten. Aber jetzt debattieren wir sehr viel grundsätzlicher, ob die Demokratie heute nicht überhaupt eine „Zumutung“ sei. An allerhöchster Stelle - im amerikanischen Präsidentenamt etwa oder im österreichischen Innenministerium - wird die Frage aufgeworfen, ob die Politik wirklich an geltendes Recht gebunden sein soll, ob also das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit eigentlich noch aktuell ist. Und direkt damit verbunden wird gefragt, ob die Idee der Menschenrechte, der unantastbaren Freiheit und Würde des Menschen, also der innerste Grundwert jeder Demokratie, eigentlich noch zeitgemäß ist oder nur noch in „Moralisierungsklubs“ wie der EU Bedeutung hat.

Für einige steht auch schon das allgemeine Wahlrecht zur Debatte, weil wir Bürger schließlich ein „Recht auf kompetentes Regieren“ haben, wesentliche Teile des Wahlvolks aber offenbar dazu tendieren, Repräsentanten zu wählen, die sich um das Wohl der Gesamtgesellschaft ganz ausdrücklich nicht scheren, sondern bewusst auf gesell-

schaftliche Spaltung und Polarisierung setzen. Energisch werden wir also aufgefordert, innovativ zu sein und aus etablierten Denkbahnen auszubrechen - und zwar von ideologisch durchaus verschiedenen Seiten: von denen, die das Gemeinwohl der Gesamtgesellschaft und der globalen Gemeinschaft vor offenbar immer kurzfristigeren, selbstsüchtigen und weniger urteilsfähigen Privatmännern (und -frauen) schützen wollen; und auch von denen, die sich zur Sicherung unserer Freiheit, unserer Werte und unseres Lebensstils von den Prinzipien der allgemeinen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und vom Projekt eines „guten Lebens für alle“ gern verabschieden würden.

Selbst unter Umwelt- und Klimaaktivisten, die in den vergangenen Jahrzehnten stets zu den entschiedensten Verfechtern der Demokratie und Demokratisierung gehört hatten, verlieren einige plötzlich das Vertrauen und befürchten, dass die Demokratie, gerade die liberale, letztlich vielleicht eher ein Teil des Problems als eines der Lösung sein könnte. Was genau ist da passiert? Gibt es einen qualitativen Unterschied zwischen der heutigen „Krise der Demokratie“ und der, die die Sozialwissenschaftler und auch das Feuilleton schon seit Jahrzehnten engagiert diskutieren - zuletzt unter dem Stichwort „Postdemokratie“? Sollen oder müssen wir die Frage, ob die Demokratie viel-

leicht eine „Zumutung“ geworden ist, ernst nehmen, oder handelt es sich bloß um eine journalistische Provokation, die vor allem dazu angetan ist, das müde gewordene Feuer der liberalen Demokratie neu anzufachen?

Diese Fragen zielen ins Innerste der politischen Ordnung und Kultur westlicher Gesellschaften; und die Rede von der Demokratie als Zumutung ist, beabsichtigt oder nicht, sehr viel mehr als eine journalistische Provokation. Tatsächlich ist eine kritische Debatte über die liberale Demokratie mehr als überragend. Allerdings ist es kaum möglich, eine solche Debatte zu führen, denn für die einen rührt jeder Zweifel an der Demokratie an die Grundfesten ihres aufgeklärt-emanzipatori-

schen Selbstverständnisses sowie an das Freiheitsideal, die Berechtigungsansprüche und Lebensstile, die die liberale Demokratie ihnen bisher gesichert hat. Und die anderen wollen den Umbau der Demokratie gezielt betreiben, um sich einen politischen Rahmen, eine Legitimationsform zu zimmern für eine Politik der noch viel größeren Ungleichheit als bisher und der noch entschiedeneren Grenzziehung und Ausgrenzung.

Ganz besonders vertrackt wird diese Gemengelage dadurch, dass bereits der leiseste Zweifel an der Demokratie unvermeidlich den Zuarbeit, die Gleichheitsprinzipien und Menschenrechte ausdrücklich in die „Moralisierungsklubs“ auslagern wollen. Zudem müssen auch viele Verteidiger von Gleichheit und Menschenrechten zur Sicherung ihrer kosmopolitischen Selbstverwirklichungsformen und Lebensstile immer größere Ungleichheit und Exklusion organisieren. Für eine konstruktive Debatte über die Segnungen und Schwächen der liberalen Demokratie könnte die Konstellation kaum ungünstiger sein!

Als wir vor ein paar Jahren die Begriffe Postdemokratie und Postpolitik diskutierten, war die Lage im Vergleich noch einfach. Damals war die Botschaft, dass sich im Zeichen des Neoliberalismus ein lähmender Konsens ausgebreitet habe, nach dem es der Marktlogik nichts mehr entgegenzusetzen gebe. Postdemokratie wurde als Fassadendemokratie verstanden, in der demokratische Institutionen zwar noch weiter bestehen, in der die Mehrheit der Bürger aber, wie Colin Crouch es damals formulierte, „nur noch eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spielt, während gesellschaftliche Eliten, allen voran die Wirtschaft, die wesentlichen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen unter sich ausmachen. Das war eine recht einfache Erzählung, in der die Schurken an der Spitze der Gesellschaftspyramide klar definiert waren. Und die Helden der wahren Demokratie sollten von der Basis her eine „massive Eskalation des Protests und des Widerstands“ organisieren, um „das Ziel der politischen und sozialen Gleichheit“ letztlich doch noch durchzusetzen.

Crouchs „Postdemokratie“ war und ist ein Megaseller. Gerade in den gebildeten Mittelschichten traf das Buch offenbar einen

Fortsetzung Seite II

IMPRESSUM: SPECTRUM

Redaktionelle Leitung: Dr. Karl Woisetschläger

Zeichen der Zeit: Wolfgang Freitag,

Dr. Antonia Barboric

Literatur: Dr. Harald Klauhs

Anschrift: 1030 Wien, Hainburger Straße 33

Telefon: 01/51414-345

Fax: 01/51414-345

E-Mail: spectrum@diepresse.com

Mehr im Internet: diepresse.com/spectrum

Die Mühsal, mündig zu sein

Fortsetzung von Seite I

zentralen Nerv. Doch die massive Eskalation des Protests und Widerstands zugunsten des innergesellschaftlichen Ausgleichs und der internationalen Gerechtigkeit ist ausgeblieben; das Projekt einer linken Sammlungsbeziehung will einfach nicht gelingen. Dabei ist die politische Arena eigentlich wieder auffällig offen: Der Konsens des Neoliberalismus ist deutlich angeschlagen. Alternativen zu Globalisierung und Freihandel werden aggressiv praktiziert. Und die Angst vor dem Ende der Demokratie ist dem Projekt ihres aktiven Umbaus gewichen.

Überall ist die Repolitisierung des vermeintlich Postpolitischen zu beobachten; nur entsprechen die Normen und Wertvorstellungen, anhand deren da – durchaus auch von der gesellschaftlichen Basis her – repolitisiert und die Demokratie umgebaut wird, bestenfalls in marginalen Nischen dem, was Kritiker der Postdemokratie sich erhofft hatten. In deren Analyse steckte nämlich ein Fehler – oder ein blinder Fleck: Sie war nur mehr der Nachhall des progressiven Projekts, das seinen Ursprung einst im kantischen Programm der Aufklärung hatte, das für die „Progressiven“ von heute aber geradezu zur Behinderung geworden ist.

Aufklärung, hatte Kant gesagt, sei der Auszug der Menschen aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit. Diese Unmündigkeit, glaubte er, hält uns davon ab, das Vornehmste zu realisieren, was uns als vernunftbegabte Wesen der Anlage nach zu eigen ist:

Freiheit, Selbstbestimmung, Würde, politische Souveränität. Doch der Auszug aus dieser Unmündigkeit, so das aufklärerische Versprechen, könne die Würde und Freiheit der Menschen verwirklichen, Gewalt und Konflikte überwinden, eine weltbürgerliche Gesellschaft begründen und letztlich zum „ewigen Frieden“ führen. Mündig werden bedeutete, reif zu werden, informiert, moralisch gefestigt und vor allem geschult im Gebrauch der Vernunft: sich in seinem Denken, Entscheiden und Handeln nicht von kurzfristigen Impulsen, selbstsüchtigen Begehren und leichtfertigen Verführern leiten zu lassen, sondern von dem Imperativ der Vernunft, der die Vielfältigkeit der Welt letztlich in eine Einheit zusammenführen wird.

Mündigkeit bedeutete also im Kern Selbstkontrolle, Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung; und die Freiheit des mündigen Menschen liegt gerade darin, dass er zu all dem – im Idealfall – ohne äußeren Zwang selbst in der Lage ist. Erziehung zur Mündigkeit und zur Freiheit sind entsprechend zwei Seiten derselben Medaille. Und gerade in europäischen Gesellschaften, die Faschismus und Krieg erlitten hatten, galt der mündige Bürger, die mündige Bürgerin noch unlängst als oberstes Bildungsziel. Diese Gesellschaften hatten gelernt, dass erst Mündigkeit Demokratie erstrebenswert macht. Denn ohne Mündigkeit ist Demokratie bloße Mehrheit. Mehrheit aber, das wussten schon Plato oder Schiller, „ist der Unsinn“: „Der Staat muss untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

Mündigkeit ist aber anstrengend. Und Verantwortlichkeit, Maß und Begrenzung werden schnell zur Behinderung; vor allem dann, wenn Freiheit, Selbstverwirklichung und das Ideal eines gelungenen Lebens so ausbuchstabiert werden, wie es gerade in den gut gebildeten, mobilen und flexiblen Teilen unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist: großzügiger Wohnkomfort, Berufspendeln zwischen Wien und Berlin, Kite-Surfen in Thailand, Yoga-Detox auf Bali, kilowise Kupfer fürs umweltfreundliche E-Auto aus der Chuquicamata Mine in Chile. Die Welt ist mein Ressourcendepot, Erlebnispark und Absatzmarkt. Darauf habe

ich Anspruch. Das steht nicht zur Disposition. „Jetzt weiß ich“, so lehrt uns der aktuelle TV-Spot der Lufthansa, „ich will nichts anderes mehr.“ Und vor allem keine Vernunft, Verantwortlichkeit oder Menschenrechte, die etwa zur Mäßigung, Selbstbeherrschung und Zivilisiertheit zwingen würden. Folgerichtig wird daher der rationale Diskurs abgestellt, die Wissenschaft in Zweifel gezogen, werden die Medien der Übertreibung bezichtigt, wird eine Traumwelt alternativer Fakten gepflegt. An die Stelle des Auszugs aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit tritt die Befreiung aus der Mündigkeit. Man will es nicht mehr wissen; man kann es nicht mehr hören.

Dass die Rechtspopulisten sich wie Rüpel benehmen, ist also kein Versehen. Sie wollen und können gar nicht im Sinne der kantischen „Moralisierklubs“ zivilisiert sein. Denn es reicht eben nicht für alle; und wir, so insistieren (auch) sie, haben Vorrechte. Moderne Freiheitsverständnisse und Selbstverwirklichungsmuster sind an ökologische, soziale und ökonomische Grenzen gestoßen, und was wir – ganz in der Mitte unserer wohlhabenden Gesellschaften – als gutes Leben betrachten, das gibt es nicht für alle. Es ist nur dann haltbar, wenn andere davon ausgeschlossen bleiben. Grenzen, Abgrenzung und Ausgrenzung sind also unverzichtbar – innergesellschaftlich und international. Und jene, die sich über die Irrationalität, Würdelosigkeit und Unzivilisiertheit der Rechtspopulisten empören, artikulieren es feiner, aber auch sie haben sich oft längst aus der Mündigkeit befreit und wollen nicht mehr die Politik und Verantwortlichkeit für die gesamte Gesellschaft oder gar für die eine Welt. Auch sie suchen ausdrücklich das Exklusive – und betreiben die Exklusion.

Im gleichen Maße, wie das entgrenzte Berechtigungsbewusstsein und die ausgrenzenden Lebensstile, die auf diesem Bewusstsein gründen, unverhandelbar werden, wird die liberale Demokratie tatsächlich zur Zumutung. Nicht nur, weil mobile und beschleunigte Bürger schlicht die Zeit nicht mehr haben, sich mit den Banalitäten demokratischer Alltagspraxis zu befassen; oder weil die Lebenswelten, in denen man sich verwirklicht, so gar nicht deckungsgleich sind mit der Reichweite der demokratischen Institutionen, in denen man sich politisch artikulieren könnte. Sondern vor allem auch, weil das demokratische Gleichheits- und Inklusionsprinzip mit der Sicherung dieser Freiheit und dieser Lebensstile inkompatibel ist. Und weil das demokratische Prinzip, alle Macht zu teilen und zu begrenzen, aus dieser Perspektive schlicht kontraproduktiv ist.

Die Diagnose ist klar: Auf der Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung haben sich wesentliche, ideologisch durchaus gegensätzlich orientierte Gesellschaftsgruppen von demokratischen Grundprinzipien und aus der politischen Mündigkeit befreit. Entsprechend wird die liberale Demokratie zunehmend als dysfunktional erfahren – als Zumutung für die, mit deren exklusivem Lebensstil sie nicht mehr kompatibel ist, und für die, denen sie in den zurückliegenden Jahrzehnten systematisch die Zukunftsperspektive zerstört hat.

Wenn die hier gestellte Diagnose richtig ist, dann hat die Vorstellung, man könne mit ein paar handwerklichen Kunstgriffen die Demokratie reparieren, etwas geradezu Groteskes. Wiederholen wir nicht die Fehler der Diskussion um die Postdemokratie! Mit dem Mobilisieren gegen relativ kleine Kapital- oder Konsumeliten ist es nicht getan; und es geht auch nicht um das Nachjustieren von Stellschrauben bei den vorhandenen Institutionen. Vielmehr geht es um sehr Grundsätzliches – in der Mitte der Gesellschaft: die Neuverhandlung von völlig entgrenzten, unhaltbaren, nicht nachhaltigen Freiheits- und Berechtigungsansprüchen. Und es geht darum zu erkennen, dass man dieses Feld nie den Rechtspopulisten überlassen darf. Denn deren Projekt, die Demokratie von Mündigkeit auf bloße Mehrheit umzurüsten, kann kurzfristig zwar helfen, Ungleichheit und Ausgrenzung noch effizienter zu organisieren und plebiszitär zu legitimieren; dann aber wird sich unvermeidlich das erneut beständigen, was längst bekannt ist: „Der Staat muss untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“

DEMOKRATIE: SYMPOSION

Von 7. bis 9. März widmet sich das diesjährige Symposium Dürnstein dem Generalthema „Demokratie! Zumutung oder Zukunft“. In Podiumsdiskussionen und Vorträgen werden Positionen u. a. von Colin Crouch, Franz Fischler, Ingolfur Blühdorn und Irene Etzersdorfer präsentiert. Näheres unter www.nfb.at/tertiaere-bildung/weiterentwicklung/symposium-duernstein/2019.

Ingolfur Blühdorn, Jahrgang 1964, leitet das Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Vorbeugungshaft, Präventivhaft, Sicherungshaft: Ist so ein Wort einmal da, sucht es sich seine Verwirklichung. Zur Klärung der Begriffe.

Von Andreas Kranebitter

Ist es wieder so weit?

Wilhelm Engele hat ein Alkoholproblem. Der Mittvierziger trinkt gern ein paar Viertele, wie man in seiner Heimatstadt, Innsbruck, sagt.

Einer geregelten Arbeit geht der frühere Angestellte nicht nach. Er lebt vom Erlös kleinerer und größerer Gegenstände, die er stiehlt: Essbesteck im Wirtshaus, herrenlose Herrenwintermäntel, zeitlose Wecker- und Taschenuhren. Bei der Innsbrucker Polizei gilt Engele mit seinen 22 Vorstrafen als amtsbekannt. Von Wilhelm Engele, so sind sich die Behörden einig, gehe eine Gefahr für die Gesellschaft aus. Gestohlen habe er nicht aus Not, gibt er an, sondern aus Unüberlegtheit. Engele straft damit den Strafzweck der „Spezialprävention“ Lügen – das Gefängnis schreckt ihn nicht ab. Diese beharrliche Renitenz führt den Behörden ihre Machtlosigkeit vor Augen. Bis die Nazis kommen.

Eine ihrer ersten Aktionen ermächtigt die personell kaum veränderte Kriminalpolizei, Listen von „gefährlichen Gewohnheits- und Berufsverbrechern“ zu erstellen, um sie nach Dachau zu deportieren. Diese Verbrecher sollten gar kein Delikt begangen haben – das ist wörtlich zu nehmen, denn sonst müsste man sie der Justiz übergeben. Vielmehr brauchten sie nur zweimal zu Freiheitsstrafen von mindestens sechs Monaten verurteilt worden sein. „Vorbeugungshaft“ nennt sich das Konstrukt, das der Kripo erlaubt, Gefahren nach Gutdünken zu erkennen, um vermeintlich das Verbrechen an sich zu verhüten. Wilhelm Engele wird am Abend des 13. Juni 1938 verhaftet, zwei Tage später ist er in Dachau. Von dort wird er im August nach Mauthausen gebracht. Kein halbes Jahr später ist er tot. Er stirbt am 18. Jänner 1939, angeblich an Herz- und Kreislaufschwäche. Mehr als 90.000 Menschen werden ihm dort in den kommenden sieben Jahren in den Tod folgen.

74 Jahre später wird in Österreich wieder über eine Präventivhaft diskutiert. Zur von Innenminister Herbert Kickl geforderten „Sicherungshaft“ liegen bisher keine konkreten Pläne vor. Begrifflich wird jedoch auf Maßnahmen gegen „terroristische Gefährder“ angespielt, die in Bayern und Baden-Württemberg bereits beschlossen und in anderen deutschen Ländern in Vorbereitung sind. In Deutschland und Österreich treffen polizeiliche Maßnahmen der „Präventivhaft“ auf eine Geschichte. In den sozialen Medien beschränkte sich der historische Vergleich meist auf eine alarmistische Gleichsetzung der geplanten Sicherungshaft mit NS-Maßnahmen wie der „Schutzhaft“. Diese ist eine historische Form der polizeilichen Präventivhaft, lässt sich mit den Regierungsplänen aber nur schlecht vergleichen, setzt sie doch die Existenz einer Institution wie der Gestapo voraus, die in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation einge-

stuft wurde. Die beschriebene „Vorbeugungshaft“ wurde von der Kriminalpolizei und damit von einer „ganz normalen Organisation“ im Rahmen ihres tagtäglichen Polizierens massiv angewendet.

Bei allen historischen Unterschieden: Der in allen Varianten der Präventivhaft zu findende Kern der Maßnahmen ist der Begriff von „Gefahr“, vor der ein Kollektiv zu schützen sei. Es geht nicht um die Tat eines Menschen, nicht um Ort, Zeitpunkt und Art einer konkreten Gefahr, sondern ausschließlich um die Person eines potenziellen Täters. Von dieser Person geht Gefahr aus, ohne dass sie eine konkrete Handlung setzt. Da außer dieser Person selbst niemand wissen kann, was sie zu tun gedenkt, wird die Prognose ihres Handelns zentral. Paradoxe Weise wird bei dieser Prognose zwar die Person ins Zentrum gerückt, aber entpersonalisiert: Sie steht stellvertretend für einen Tätertypus, den „Berufsverbrecher“, den „Gewohnheitsverbrecher“ oder eben den „Gefährder“.

Auch im Nationalsozialismus war die Kriminalpolizei dazu aufgefordert, einen „kriminellen Lebenslauf“ zu erstellen, mit dem die Prognose der Unverbesserlichkeit gestützt werden sollte – in der Praxis genügte ein Blick ins Strafregister, um jemanden als „Berufsverbrecher“ zu etikettieren. Ist der Begriff einmal da, sucht er sich seine Verwirklichung. Der Begriff des „Berufsverbrechers“ fand Zehntausende Menschen im Deutschen Reich, die zunächst „gebessert“, dann ausgebeutet, schließlich „ausgemerzt“ werden sollten. Diese Intentionen verheimlichten die NS-Behörden auch gar nicht. Reichsjustizminister Otto-Georg Thierack sagte 1942: „Aber sie werden alle dort eingesetzt, wo sie zugrunde gehen. Dabei werden sie noch Werte für unser Volk leisten.“ Die Entwicklung im Nationalsozialismus begann nicht mit Hunderttausenden KZ-Toten, sondern unter anderem bei der Diskussion über Strafrechtsverschärfungen und Präventivhaft. Historiker sprechen von einer kumulativen Radikalisierung. Ihr Ergebnis ist nicht ins Heute übertragbar, doch die Gefahr einer Radikalisierungsspirale ist nicht auszuschließen. Nicht nur im „Gefährder“ schlummert ein Radikalisierungspotenzial, auch im Instrument der Sicherungshaft.

Die Einführung würde nicht nur einen Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien bedeuten, sondern nicht absehbare Entwicklungen provozieren. Was soll mit den als „Gefährder“ identifizierten Personen passieren? Wo sollen sie weggesperrt werden? Wie lange? Wer erstellt die Gefahrenprognosen auf welcher Basis? Werden sich Gutachter finden, die die Verantwortung dafür übernehmen, einem einmal als „Gefährder“ Bezeichneten zu attestieren, dass von ihm keine Gefahr mehr ausgeht? Das sind keine technischen Fragen für technische Lösungen, sondern unlösbare Dilemmata, die jegliche Präventivhaft ad absurdum führen.

In Bayern ermächtigt das neue Polizeigesetz zu umfassenden polizeilichen Maßnahmen, wenn von einer Person eine Gefahr für Bund, Land, Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum ausgeht. Also immer. Eine Sicherungshaft lädt zur Definition von Problemgruppen ein, die sozial ausgeschlossen werden sollen. Öffentlich für islamistische Terroristen diskutiert, haben die Forderungen nach einer Ausweitung der Gruppen auch in Österreich schon begonnen, ehe die Maßnahme eingeführt worden ist – wie die Intervention des designierten burgenländischen Landeshauptmannes Hans Peter Döschel zeigt. Und wie kann der „Gefährder“ seinen Stempel loswerden? „Berufsverbrechern“ gelang das nie. Nur knapp mehr als die Hälfte der in Mauthausen inhaftierten „gefährlichen Berufsverbrecher“ überlebte das KZ, die gesellschaftliche Stigmatisierung wurden sie auch nach 1945 nicht mehr los. Für die Überlebendenverbände waren sie „als untragbar zu erklären“, obwohl manche von ihnen dem Widerstand Waffen besorgt und SS-Hunde vergiftet hatten. Für die Opferfürsorgekommissionen waren sie unwürdige Opfer, vor Gericht bewies ihre KZ-Haft noch Jahrzehnte ihre Unglaubwürdigkeit und Gefährlichkeit.



ANDREAS KRANEBITTER

Studium der Soziologie und Politikwissenschaft in Wien. Mag. rer. soc. oec., Mag. phil. Mitherausgeber von Elmer Luchterhands Studie über Verhalten und Sozialordnung in den Häftlingsgesellschaften nationalsozialistischer Konzentrationslager, erschienen unter dem Titel „Einsame Wölfe und stabile Paare“.